

Erzgeb. Volksfreund

Tageblatt und Amtsblatt

Telegraphen-Adresse:
Volksfreund Schwarzenberg.
Correspondenten:
Schwarzenberg 10.
Rita 81
Schwarzenberg 19.

für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Gartenstein, Johanns-
georgenstadt, Löbnitz, Neustädte!, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Nr. 10

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme bei Sonntagen und bei Feiertagen. Abonnement monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1 80 Pf., halbjährlich 3 20 Pf., jährlich 6 40 Pf., in advance. Einzelne Exemplare 10 Pf., in halbes Jahr 50 Pf.

Freitag, den 11. Januar 1910.

Abonnement-Jahrespreis 6 40 Pf. in advance. Einzelne Exemplare 10 Pf., in advance. Einzelne Exemplare 10 Pf., in advance.

63. Jahrg.

Die außerterminliche Musterung der Volksschullehrer und Schulamtskandidaten betr.

Behufs außerterminlicher Musterung haben sich diejenigen Volksschullehrer und Schulamtskandidaten aus den Aushebungsbereichen Zwickau-Land, Zwickau-Stadt, Grimmitzschau und Wiesenburg, welche ihre Befähigung für das Schulamt in vorchriftsmäßiger Prüfung nachgewiesen haben und über deren Militärverhältnis noch nicht endgültig entschieden ist, auch nicht bis zum nächstjährigen Musterungstermine bereits zurückgestellt sind,

am Donnerstag, den 3. Februar dieses Jahres vormittags 9 Uhr im alten Schützenhause in Zwickau zu stellen, vorher aber sich rechtzeitig beim Gemeindevorstande oder Stammrollenfürher unter Vorlegung des Lösungsscheines oder einer Geburtsurkunde für militärische Zwecke zu melden.

Volksschullehrer und Schulamtskandidaten, welche den Berechtigungsschein zum einjährig-freiwilligen Militärdienst besitzen, sind von dieser Bestellung entbunden; auf sie finden die Bestimmungen für Einjährig-Freiwillige Anwendung.

Noch nicht militärpflichtige Volksschullehrer dürfen sich am genannten Orte und Zeitpunkte zum Diensttritt freiwillig melden. Der Ausstellung eines Weisungsscheines bedarf es hierzu nicht, wohl aber der Vorlegung eines Geburtscheines für Militärzwecke und des Nachweises der Befähigung für das Schulamt.

Zwickau, den 10. Januar 1910.
Der Zivilvorstande der königlichen Erskommission der Aushebungsbereiche Zwickau-Stadt und -Land, Grimmitzschau und Wiesenburg.

Nr. 65 und 66 des vorjährigen Reichsgesetzblattes sind erschienen und liegen in den Expeditionen der unterzeichneten Behörden 14 Tage lang zur Einsichtnahme aus. Inhalt: Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1909. — Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalts-Etat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1909. — Bekanntmachung, betreffend die dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahner-

kehr beigelegte Viste. — Bekanntmachung, betreffend den börsemäßigen Zeithandel in Getreide an der Produktenbörse in Danzig. — Bekanntmachung, betreffend die Geschäftsbedingungen der Produktenbörse zu Mannheim für den Zeithandel in Getreide. — Bekanntmachung, betreffend die Zulassung von Börseintermediarfirmen in Anteilen von Bergwerks- und Fabrikunternehmungen.

Die Stadträte von Aue, Löbnitz, Neustädte!, Schneeberg u. Schwarzenberg, die Bürgermeister von Grünhain, Gartenstein, Johannsgeorgenstadt u. Wildenfels, die Gemeindevorstände des amtschauptmanns hafflichen Schwarzberg.

Johannsgeorgenstadt. Wegen Heiligung der Rats- und Montag und Dienstag, den 17. und 18. Januar 1910, nur dringliche Sachen erledigt.

Das Ständeamt ist am Montag vormittags von 11-12 Uhr geöffnet.
Johannsgeorgenstadt, am 12. Januar 1910. Der Bürgermeister: Dr. Wagner.

Freitag, den 14. Januar 1910, vormittags 10 Uhr, sollen in Löbnitz 1 Aichharmonika, 4 Bilder und 1 Wanduhr meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Bieter sammeln in Klemm's Rest. Auerstr.

Löbnitz, den 12. Januar 1910. Der Gerichtsvollzieher d. kgl. Amtsgerichts.

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung in Löbnitz
Freitag, den 14. Januar, abends 6 Uhr.

Bürgerchule Schwarzenberg. Anmeldung betr.

Die Anmeldung der zu Ostern d. J. schulpflichtig werdenden Kinder nehme ich Freitag, d. 21. Januar von 2-5 Uhr nachmittags entgegen. Für alle Kinder ist der Impfschein, für die außerhalb der Kirchfahrt geborenen auch die Geburtsurkunde und das Taufzeugnis vorzulegen. Die Anmeldung durch fremde Personen und Kinder ist nicht statthaft.
Schwarzenberg, 7. Januar 1910. Beshner, Direktor.

Aus dem sächsischen Landtage.

In der Sitzung der Zweiten Ständekammer am gestrigen Mittwoch wurde zunächst auf Grund des Berichtes der Finanzdeputation A, Berichterstatter Abg. Döhler (natlib.), bei Kap. 18 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1910/11, Getreidearbeitslosigkeits betr., den Einnahmen und Ausgaben nach der Vorlage zugestimmt. Dann wurden, nachdem namens der Reichenschaftsdeputation der Abg. Singer (natlib.) Bericht erstattet hatte, die Etat-Ueberschreitungen bei Kap. 58 und 59 des Reichenschaftsberichts auf die Finanzperiode 1906/07 nachträglich genehmigt. Beim nächsten Beratungsgegenstande, allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abg. Demmler u. Gen., die Einziehung einer besonderen Deputation von 15 Mitgliedern für soziale Angelegenheiten betr., begründete Abg. Nitzsche (Soz.) den Antrag in längerer Ausführung und bezeichnete als den Hauptzweck, die Einrichtung einer sachkundigen Behandlung sozialpolitischer Vorlagen zu erzielen. Redner zog schließlich namens seiner Fraktionsgenossen den Antrag zurück, da ein Beschluß des Seniores-Konvents vorlag, wonach sozialpolitische Vorlagen der Reichenschaftsdeputation überwiesen werden sollten, erklärte aber, er sage sich diesem Beschlusse nur ungern, da er ihn für keine glückliche Lösung ansehe. An diese Rede schloß sich eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte.

Bei Punkt 4, allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abg. Fleißner und Gen., Maßnahmen zur Vinderung der durch Arbeitslosigkeit erzeugten Notlage betr., sprach zunächst Abg. Niem (Soz.) in längerer Rede zur Begründung des Antrags seiner Fraktion.

Hierauf ergriff Staatsminister Graf Bismarck b. G. das Wort. Er erklärte, die Regierung habe sofort nach Eingang des vorliegenden Antrags Erörterungen über die Arbeitslosigkeit angestellt. Diese Erörterungen hätten das Ergebnis gezeigt, daß von einer durch Arbeitslosigkeit erzeugten Notlage nicht gesprochen werden könne. Allgemeine Arbeitslosigkeit bestehe zur Zeit nicht, im Gegenteil läge man in manchen Gegenden über Arbeitermangel, auch sei in letzter Zeit gegen bestehende Arbeitslosigkeit viel getan worden und derartige Bestrebungen unterstützte die Regierung in hohem Maße. Die Forderungen 1-3 des Antrags, die Regierung solle die Gemeinden des Landes veranlassen, aus ihrem Vermögen einen Arbeitslosenfonds zu errichten usw., müsse die Regierung ablehnen, da sie hierzu den Gemeinden gegenüber kein Recht habe. Dagegen werde die Regierung den Punkt 4 des Antrags, die Staatsarbeiten und die Vergabe von Staatsarbeiten zunächst zu beschleunigen, gern befolgen, soweit sich das durchführen lasse. Darüber, ob die Regierung Vertreter zum Pariser

Kongress zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entsenden solle, behält sich die Regierung Entscheidung vor.

Abg. Dr. Seyfert (natlib.) erklärt, seine Partei sei bereit, an der Verwirklichung der Ziele des Antrags mitzuwirken. Wichtige seien tatsächlich vorhanden. Das schließe aber die Kritik nicht aus. So müßte z. B. in dem Antrage ausdrücklich ausgesprochen werden, daß es sich nur um unvermeidbare Arbeitslosigkeit handle. Auch vermisse er einen Hinweis auf den paritätischen Arbeitsnachweis, der ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei. Damit verweise man die Frage auf ein neutrales Gebiet, auf dem eine Verständigung möglich sei. Bei der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit spielten doch noch andere Momente mit, als bei der Versicherung gegen Krankheit und Invalidität, namentlich der persönliche Wille. Wollte man eine Versicherung schaffen, so sei selbstverständlich auch das Unternehmertum heranzuziehen. Jedenfalls müsse man aber die von anderer Seite gemachten Erfahrungen benutzen. Diese erwiesen, daß Notstandsarbeiten häufig wesentlich höhere Aufwendungen erforderten, als Weidunterstützungen, wie sich in Stralburg und Chemnitz gezeigt habe. Das politische Moment müßte man doch aus der Diskussion ganz ausschließen und dafür den vorhandenen Umständen um so energischer zu Tode gehen. Ständige Arbeitslosigkeit sei ein Speziallebel der Großstädte. Wenn es einen Weg gäbe, diesem Lebel zu steuern, so müsse man ihn gehen. Die kleineren Städte würden es nicht verstehen, wenn man von ihnen die Einrichtung eines Arbeitslosenfonds verlangt, dessen sie nicht bedürften. Seine Freunde wollten gern mitarbeiten, die wichtige Frage zu lösen, sie wollten es tun mit aller Energie, aber auch mit aller gebotenen Vorsicht.

Abg. Wittig (kons.) erkennt die Wichtigkeit der Frage namens seiner Fraktion an. Ein geeignetes Mittel zur Beseitigung eines Teils der Arbeitslosigkeit sei die mögliche Verlegung der Bautätigkeit der großen Städte auf den Winter. In Worms und Braunschweig habe man damit gute Erfahrungen gemacht. Eine Arbeitslosenversicherung werde stets eine demoralisierend wirkende Unterstützung sein. Man sei zu leicht geneigt, nach Staatshilfe zu rufen, das schädige das Selbstbewußtsein. Das beste Mittel, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sei eben die Schaffung von Arbeitsgelegenheit. Es sei zu befürchten, daß Sachen, wenn es allein die Arbeitslosenversicherung einflüßte, überschwemmt würde von Deuten, die nicht arbeiten wollten. Werde sie aber eingeführt, so müsse sie ausgedehnt werden auf das große Heer der kleinen Handwerker, die zum Teil fast unter Arbeitslosigkeit litten. Zur Mitarbeit in der Deputation seien seine Freunde, die keineswegs so arbeiterfeindlich seien, wie ihnen die Ande immer vorwerfe, gern bereit.

Abg. Dr. Roth (freil.) erklärte namens seiner Freunde das Einverständnis mit der Tendenz des Antrags und der Verweisung an die Reichenschaftsdeputation.

Abg. Feldt (Soz.) bemerkt, der Behauptung, in Sachen existiere keine Arbeitslosigkeit, widerspreche der Inhalt des Reichsarbeitsblattes. Der Antrag bezwecke nicht Abhilfe einer augenblicklich vorhandenen akuten Not, sondern fordere dauernde Schutzmaßnahmen zum Schutze des lebendigen Eigentums des Staats, der Arbeiter. Staatsminister Graf Bismarck v. G. erklärt erwidert dem Vorredner mit der Bemerkung, daß er, der Minister, bei seinen Ausführungen auch das Zentral-Korrespondenzblatt für die Gewerkschaften Deutschlands mit herangezogen habe. Wegen dieses Beweismaterial werde die Sozialdemokratie schwerlich etwas einwenden können.

Abg. Dr. Böhm (kons.) vertritt den Gedanken, man möge die Versicherungsfürsorge doch nun auch einmal auf andere Stände ausdehnen, als auf die Arbeiter. In Berlin habe man im vorigen Jahre einmal vergeblich Beute gesucht zum Kohlenfortschaffen bei Hochflut und zum Schneeschmelzen. Die sächsischen Unternehmer seien keineswegs derart, daß sie die Arbeiter einfach auf Pfahle wärfen, sondern sie suchten bei Abnahme der Konjunktur die Arbeiter noch durch Verkürzung der Arbeitszeit zu halten. Das Recht der Auswahl der Arbeiter müßten sie aber die Unternehmer selbstverständlich vorbehalten. Nicht jeder Arbeiter sei zu jeder Arbeit geeignet. Der Redner tritt dann in eine lebhafteste Polemik gegen die Sozialdemokratie ein, deren revolutionäre Haltung ein Hindernis für jeden sozialpolitischen Fortschritt bilde. Die Syndikate verhinderten die Ueberproduktion, ohne Krisen und Arbeitslosigkeit hinauszuhalten. Die Schutzpolitik habe der Industrie und ihren Arbeitern genügt. Die Konservativen würden die zur Diskussion stehenden Fragen nach ihrem christlichen Gewissen ohne Rücksicht auf Liebe oder Haß der Sozialdemokratie zu lösen versuchen.

Abg. Sanghammer (natlib.) bedauert, daß die Antragsteller die Begründung auf das politische Gebiet gestellt hätten. Wenn von sozialdemokratischer Seite gerügt worden sei, daß auch in Staatsbetrieben ausländische Arbeiter angestellt und damit die Löhne gedrückt worden seien, so sei darauf zu erwidern, daß damals trotz der Arbeitslosigkeit keine inländischen Arbeiter zu haben gewesen seien, so daß man notgedrungen auf Ausländer habe zurückgreifen müssen. Dasselbe Erscheinung habe sich auch in anderen deutschen Bundesstaaten gezeigt, so z. B. in Baden. Die Liberalen seien stets bereit gewesen zu sozialpolitischer Arbeit und zwar schon vor den Sozialdemokraten. Nach einem Schlußwort des Abg. Niem (Soz.) wurde der Antrag Fleißner der Reichenschaftsdeputation überwiesen.